

Revolutionäre Zeiten

Von der „Friedlichen Revolution“ zu den Protesten in der arabischen Welt

Öffentliches Kolloquium am 16. Mai 2014, Dresden

Projektleitung:

Dr. phil. Julia Schulze Wessel

TU Dresden, Institut für Politikwissenschaft
Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte

Eine Kooperation des Lehrstuhls für Politische Theorie und Ideengeschichte der TU Dresden, dem Deutschen Hygiene-Museum Dresden und Weiterdenken – Heinrich- Böll- Stiftung Sachsen.

Zur Bedeutung der Erinnerung an die Friedliche Revolution 1989

Kollektive Identitätsbildung und Legitimation durch Geschichtspolitik
am Beispiel des Freiheits- und Einheitsdenkmals in Berlin

Verfasserin

Francesca Barp

Dozentin

Julia Schulze Wessel

Seminar: Revolutionstheorien

Lehrstuhl für politische Theorie und

Ideengeschichte

Technische Universität Dresden

Wintersemester 2013/2014

Gliederung

1	Einleitung.....	1 - 2
2	Geschichtspolitik und Forschung am kollektiven Gedächtnis	
	I. Begriffliche Abgrenzung von Vergangenheits-, Erinnerungs- und Geschichtspolitik.....	2 - 4
	II. Gedächtnis, Erinnerung und Geschichte in den Kulturwissenschaften.....	4 - 6
	a. Das kommunikative, kollektive und kulturelle Gedächtnis.....	4 - 5
	b. Identitätsstiftung und Gruppenzugehörigkeit.....	5 - 6
	III. Gedächtnis, Erinnerung und Geschichte in den Politikwissenschaften.....	6 - 8
	a. Herstellung von Geschichte durch Interpretation.....	6 - 7
	b. Deutungshoheit, Macht und Legitimation.....	7 - 8
3	Die wissenssoziologische Diskursanalyse nach Keller.....	8 - 9
4	Das Freiheits- und Einheitsdenkmal in Berlin	
	I. Das Denkmal als Sinträger und Gradmesser von Geschichtspolitik.....	9
	a. Funktionen von Denkmälern nach König.....	10
	II. Das Freiheits- und Einheitsdenkmal und seine Funktion.....	10 - 15
	a. Akteure und Ereignisse.....	10 - 11
	b. Analyse der diskursiven Zuschreibungen an das Denkmal durch das Erfassen der Phänomenstruktur.....	11 - 15
	III. Ziele der Initiatoren des Freiheits- und Einheitsdenkmals.....	15 - 17
5	Schlussfolgerungen.....	17 - 18
6	Quellen.....	19 – 20

1. Einleitung

„Die Suche nach deutscher Identität zieht sich als roter Faden durch die Geschichte“ stellt Jürgen Engert, einer der Initiatoren des Freiheits- und Einheitsdenkmals im Juni 2008 fest (Engert 2008: 186). Jürgen Engert und drei weitere Herren haben sich zum Ziel gemacht ein Denkmal zu errichten, dass dem Suchen ein Ende bereitet und eine positive Identifikation mit der deutschen Geschichte ermöglicht. Das Freiheits- und Einheitsdenkmal in Berlin.

Die Geschichtspolitik folgt notwendigerweise der Logik der Inklusion und der Exklusion (Uhl 2010: 9). Inkludiert wird die Gruppe, die gehört wird, um ihre Interpretation der Vergangenheit zu präsentieren, während andere Gruppen zwangsläufig von diesem Privileg ausgeschlossen werden. Jürgen Engert und seine Kollegen gehören zu einer der Gruppen, die die Macht hat, die Ereignisse von 1989 zu interpretieren und zu kommunizieren. Welchen Ereignisse und welchen Personen(gruppen) in Form des Denkmals gedacht werden soll, setzt zum einen die Exklusion anderer Ereignisse und Personen und zum anderen die Interpretation der Vergangenheit voraus (Kohlstruck 2004: 181). In der Begründung für den Bau des Denkmals, verfolgen die Initiatoren Ziele und schreiben dem Denkmal Funktionen zu. Deswegen möchte ich fragen: Welche Inhalte und Geschichtsnarrative historischer und moralisch- normativer Art werden im geschichtspolitischen Diskurs um das Freiheits- und Einheitsdenkmal von den Initiatoren vermittelt und was wird mit diesem Rückgriff auf 1989 legitimiert?

Die Forschungsperspektive, aus der die gestellte Frage beantwortet wird, ist konstruktivistisch dergestalt, dass eine Analyse der gesellschaftlichen und politischen Diskurse, die die bestehende gesellschaftliche Ordnung konstituieren und wechselseitig von ihr konstituiert werden, stattfindet. Jedoch fußt die Analyse auf materiellen Artefakten, die tatsächlich stattfinden und damit faktische Wirkung auf die Wirklichkeit entfalten. Natürliche Daten, also mündliche und schriftliche Aussageereignisse bilden den Untersuchungsgegenstand. Texte werden wissenssoziologisch als „Manifestation gesellschaftlicher Wissensordnungen und -politiken“ verstanden (Keller 2008: 275). Sie bilden damit die Grundlage des Verstehens von diskursiver Reproduktion und Veränderung kollektiver Identitäten.

Um die weiter unten genauer beschriebenen Quellen zu interpretieren, wird auf Kontextwissen zurückgegriffen. Um eine Arbeitsdefinition für die vorliegende Analyse zu finden, wird zunächst ein theoretischer Exkurs in die Begriffsdefinition und Abgrenzungen zwischen der Vergangenheits-, Geschichts- und Erinnerungspolitik unter Bezugnahme der prägenden Konzepte (Frei 1996, Reichel 1999, Wolfrum 1999) unternommen. Die vorhandene Literatur des Themenfeldes der Geschichtspolitik und der kollektiven Erinnerung wird sowohl aus den Kultur- als auch den

Politikwissenschaften mit einbezogen. In der kulturwissenschaftlichen Betrachtung werde ich das Konzept des kommunikativen, kollektiven und kulturellen Gedächtnis von Assmann¹ einführen, um den konservierenden Prozess individueller Erinnerung durch das kulturelle Gedächtnis nachzuvollziehen. Mein Interesse liegt dabei primär beim Einigungsprozess auf eine einheitliche Geschichtserzählung, der im kollektiven Gedächtnis durch die betriebene Geschichtspolitik einsetzt. Der Forschungsschwerpunkt liegt in der identifikatorischen Wirkung und der durch ihr ermöglichten Gruppenzugehörigkeit im nationalen Kontext. Die Identifikation mit der Nation wird für die Zielsetzung der Initiatoren des Freiheits- und Einheitsdenkmals zum zentralen Bezugs- und Zielpunkt. Die sich anschließende politikwissenschaftliche Betrachtung der ‚Erinnerung‘ in Kollektiven wird von der Bedeutung von der Konstruktion der Geschichte und der legitimatorischen Wirkung von Geschichtspolitik dominiert. Nachdem ich eine knappe Einführung in die Grundannahmen und die Methode der wissenssoziologischen Diskursanalyse gebe, werde ich mit der Analyse der natürlichen Daten fortfahren. Die natürlichen Daten setzen sich in der vorliegenden Diskursanalyse aus dem Brief der Initiatoren vom 13. Mai 1998 an führende PolitikerInnen, Transkriptionen der Hearings vom 09.11.2006 und 14.06.2007, sowie der Reden anlässlich der Verleihung des *Deutschen Nationalpreises* am 17.06.2008 zusammen.

Damit beschränkt sich der Untersuchungszeitraum auf die Zeit von 1998 bis 2008. Die sozialen Akteure, die für den Diskurs untersucht werden sind ausschließlich die Initiatoren des Freiheits- und Einheitsdenkmals. Damit kann keine Analyse einer Diskussion oder eines Streits um Deutungshoheit angestrebt werden, sondern es wird sich dezidiert auf die Ziele des geschichtspolitischen Diskurses von seinen Initiatoren beschränkt. Auch können ästhetische Ansprüche und Fragen der Positionierung des Denkmals, trotz ihrer Präsenz in den analysierten Daten nicht einbezogen werden, da sie zur Beantwortung der Frage nicht zielführend erscheinen.

2. Geschichtspolitik und die Forschung am kollektiven Gedächtnis und der Erinnerung

I Begriffliche Abgrenzung von Erinnerungs-, Vergangenheits- und Geschichtspolitik

Im Feld der Politik mit der Vergangenheit und der aus ihr entstehenden Geschichte gibt es drei begriffliche Konzepte, die in den letzten zwanzig Jahren verwendet wurden. Forschungen, die die Begriffe nachhaltig prägten, legten vor allem drei Politikwissenschaftler ab Mitte der 1990er Jahre vor. Zum einen ist das Peter Reichel, der mit „Politik mit der Erinnerung“² von 1999

¹Assmann, Jan (1992) Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen. C.H. Beck: München

²Reichel, P. (1999) Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit

Erinnerungspolitik als Begriff einführt. Zum anderen Norbert Frei, der bereits 1996 mit seiner Veröffentlichung „Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS Vergangenheit“³ den Begriff der Vergangenheitspolitik prägte. Und zuletzt nahm Edgar Wolfrum 1999 in Abgrenzung zu diesem Begriff die Definition der Geschichtspolitik vor, das zum dominanten Konzept wird. Die Vergangenheitspolitik besteht aus praktisch- politischen Maßnahmen (Schwelling 2008: 102), die den „Umgang mit dem institutionellen und dem personellen Erbe eines überwundenen (diktatorischen) Systems“, so Wolfrum⁴, schaffen soll. Es geht hierbei also um justizielle und schließlich exekutive Handlungen, die auf Bewältigung, Wiedergutmachung und Bestrafung zielen.

Dagegen wird die Geschichtspolitik als ein Politikfeld des öffentlich- symbolischen Handelns verstanden (Schwelling 2008: 102). In öffentlichen Prozessen wird in ihr deutlich, dass die Vergangenheit in Form der Geschichtsschreibung interpretiert und kommuniziert wird (Kohlstruck 2004: 180). Geschichtspolitik ist in zweierlei Hinsicht auf die Vergangenheit bezogen. Sie deutet die Vergangenheit und sie bezieht sich in der gegenwärtigen Politik auf diese gedeutete Vergangenheit (König 2007: 26). Wolfrum definiert die Geschichtspolitik wie folgt:

„Mit Geschichtspolitik gemeint ist die von verschiedenen Akteuren getragene und mit unterschiedlichen Interessen befrachtete politische Nutzung von Geschichte in der Öffentlichkeit, um mobilisierende, politisierende oder legitimierende Wirkungen der politischen Auseinandersetzung zu erzielen“ Wolfrum 1996: 377.

In seiner Definition macht Wolfrum deutlich, dass es in der Erforschung von Geschichtspolitik, um die Frage nach Zielen und Funktionen, sowie nach Akteuren des Politikfeldes geht.

Der Terminus „Erinnerungspolitik“ wird häufig synonym mit Wolfrums „Geschichtspolitik“ verwendet (dazu Kohlstruck 2004). Während Kohlstruck ein unterschiedliches Erkenntnisinteresse in den Ansätzen erkennen will⁵, kritisiert König die begriffliche Ungenauigkeit der „Erinnerungspolitik“. In Bezugnahme auf die Bedeutung von „Erinnerung“ als physische Leistung des Menschen ist es für Generationen, die nicht zur Erlebnisgeneration gehören, unmöglich etwas zu erinnern, was sie selber nicht erlebt haben. Sie könnten lediglich gedenken (König 2004: 26). Der Begriff der Geschichtspolitik ist im Kontext des staatlichen und intentionalen Gedenkens in Form eines Denkmals daher am besten geeignet, da er genau das Forschungsfeld des öffentlichen,

³Frei, Norbert (1996) Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS Vergangenheit. C.H. Beck: München

⁴Wolfrum, E. (1999) Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1989. Zitat in: König, F. (2007) Die Gestaltung der Vergangenheit. S. 26

⁵Kohlstruck sieht das Interesse der Geschichtspolitik primär im Bereich der Konflikte um Geschichtsbilder und der Deutungshoheit über die Vergangenheit, während die Erinnerungspolitik vordergründig auf gegenwärtige Ziele des politischen Handelns mit der Vergangenheit Bezug nimmt. (Kohlstruck 2004: 181)

institutionalisierten und symbolischen Handelns eröffnet (König 2007: 26).

I Gedächtnis, Erinnerung und Geschichte in den Kulturwissenschaften

a. Das kommunikative, kollektive und kulturelle Gedächtnis

Das Konzept des kollektiven Gedächtnisses wurde in den 1920er Jahren von Maurice Halbwachs⁶ eingeführt. Jan und Aleida Assmann⁷, haben die Konzeptionalisierung der Begriffe um das kommunikative, das kollektive und das kulturelle Gedächtnis Ende der 1980er Jahre weiter spezifiziert und konzeptionalisiert. Fortan waren sie zentrale Forschungsdimensionen in den Kulturwissenschaften (dazu Schmid 2009, Schwelling 2008).

Aus den individuellen Gedächtnissen der Erfahrungsgeneration entsteht das kommunikative Gedächtnis, das „in einem Milieu der räumlichen Nähe, regelmäßiger Interaktion, gemeinsamer Lebensformen und geteilter Erfahrungen“, so Assman, (A. Assmann 1999: 36) weitergegeben wird. Es stützt sich auf tatsächlich erlebte oder erfahrene Ereignisse. Es ist damit von der Erfahrungsgeneration abhängig, die von ihrer Vergangenheit berichten kann. Das kommunikative Gedächtnis entsteht in der Alltagskommunikation und hat durch die Mortalität der Erfahrungsgeneration einen begrenzten Zeithorizont, den Jan Assmann bei etwa 80 Jahren ansetzt (Uhl 2010: 10). Jenseits der Handlung des Erzählens weist das kommunikative Gedächtnis keine Stetigkeit auf. Es ist vergänglich.

Im Gegensatz dazu zeichnet sich das kollektive Gedächtnis durch das Ziel aus, diese divergenten Erzählungen der Individuen zu einer einheitlichen, nationalen Geschichte zu vereinen. Das kollektive Gedächtnis ist, im Gegensatz zum biologischen Vorgang des Erinnerns beim Individuum, eine kulturelle Schöpfung. Es ist eine soziale, politische, kulturelle und symbolische Wirklichkeit (Schmid 2009: 24) und damit abhängig davon wer sie schöpft und wie sie geschöpft wird. Das kollektive Gedächtnis wird von Assmann auch als politisches Gedächtnis beschrieben (Schwelling 2008: 116), weil hier der Prozess des politischen Kampfes um die Bedeutung von Akteuren und Ereignissen der Geschichte stattfindet. Gerade hier eröffnet sich ein intensives Spannungsfeld darum, was in den Kanon der nationalen Geschichte aufgenommen wird und welche Teile des kommunikativen Gedächtnisses mit der Zeit vergessen werden.

Das kulturelle Gedächtnis als Steigerung des kollektiven Gedächtnis, ist das Ergebnis der Verhandlungen des politischen oder kollektiven Gedächtnisses. Es streift die Erfahrungsgeneration

⁶Halbwachs (1967) Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen.

⁷Die erste Veröffentlichung von Jan Assmann zu dem Thema ist von 1988 „Kultur und Gedächtnis“

als Stütze ab, damit auch die natürlichen Grenzen der Zeit und schafft es die Erinnerung zu konservieren (Schwelling 2008: 116). Das kulturelle Gedächtnis ist auf sinnlich wahrnehmbare Objekte angewiesen (Assmann 1988 in: Kohlstruck: 174). Solche Objekte oder materielle Stützen für das kulturelle Gedächtnis, können in Gestalt der *Erinnerungsorte (lieux de mémoire)* von Pierre Nora (Nora 1990) greifbarer werden. Erinnerungsorte können Kinderbücher, genau wie Denkmäler, sportliche Ereignisse oder Bauwerke sein. Es sind Orte, „in denen sich das Gedächtnis der Nation in besonderem Maße kondensiert“ so Nora (Nora 1990: 7). Sie bilden einen Kanon historischer Bezugspunkte (Uhl 2010: 9). Die Vergangenheit schafft es durch diese, im Kampf der Geschichtspolitik entstandenen Rituale, Artefakte und Inszenierungen, Eingang in die Gegenwart zu erhalten (König 2007: 28). Während es begriffliche Unterschiede zwischen Jan Assmann, der von Gesellschaften und Gruppen spricht und Nora, der die Verbindung zur Nation thematisiert gibt (Uhl 2009: 43), geht es letztlich bei beiden dominierenden Ansätzen um Zugehörigkeit zu einer großen Gruppe durch eine „gemeinsame Vergangenheit“.

b. Identitätsstiftung und Gruppenzugehörigkeit

In der kulturwissenschaftliche Betrachtung von Erinnerung und dem Gedächtnis liegt der Fokus auf der Identitätsstiftung durch gemeinsame Bezugspunkte. Der Bezug zur Nation ist in der Betrachtung von Geschichtspolitik, zumal der Erforschung des Freiheits- und Einheitsdenkmals, zielführender, weil es in diesem Feld maßgeblich um die Konstitution einer Nation, der Einheit der Nation geht. Das Recht auf Zugehörigkeit zu einer Nation wurde in der französischen Revolution erkämpft. Ein maßgebliches Ziel dieser war es die Zugehörigkeit nicht mehr an Stände zu binden, sondern allen, ungeachtet ihrer Stellung in der Gesellschaft, offene Staatszugehörigkeit zu gewähren (Uhl 2010: 6). Die Nation aber ist ein abstraktes Konstrukt, dem Menschen sich zugehörig fühlen (sollen). Das Gefühl von Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft, die derart groß und pluralistisch ist, ist auf gemeinsame Werte und die gemeinsame Erfahrung angewiesen. Diese geteilte Geschichte wird in Form des kollektiven und kulturellen Gedächtnis geschaffen. Dieses „Schaffen“ ist maßgeblicher Bestandteil der Geschichtspolitik. Damit wird aus kulturwissenschaftlicher Perspektive die kollektive Identität und damit die Möglichkeit der Gruppenzugehörigkeit zur zentralen Funktion der Geschichtspolitik. Wie Assmann es formuliert: „In ihrer kulturellen Überlieferung wird eine Gesellschaft sichtbar: für sich und für andere. Welche Vergangenheit sie darin sichtbar werden und in der Wertperspektive ihrer identifikatorischen Aneignung hervortreten lässt, sagt etwas aus über das, was sie ist und worauf sie hinauswill“ (Assmann 1988: 16). Halbwachs diskutiert in seinen Arbeiten immer wieder den Wert

verschiedener sozialer Bezugsrahmen (*cadres sociaux*). Das sind für ihn vor allem die Familie, die Religion, soziale Klassen etc. Erst durch die Zugehörigkeit zu solchen Rahmen entwickelt das Individuum seine soziale Identität (Wetzels 2009: 2). Genau in dieser engen Verbindung aus Gedächtnis und Identität steckt das Potential für den geschichtspolitischen Kampf (Uhl 2010: 8). Weitere Spannungsfelder ergeben sich aus dem Versuch eine homogene nationale Identität zu schaffen, die notwendigerweise die Erinnerungen von Einzelnen und ganzen Gruppen ausschließt. Weil das kulturelle Gedächtnis aber nicht stabil und unveränderlich ist, betont Susan Sontag den Prozesscharakter der Herstellung des kulturellen Gedächtnisses (Sontag 2005: 98). Sontag grenzt das kollektive Gedächtnis deswegen vom Begriff des 'Erinnerns' ab. „Was man als das kollektive Gedächtnis bezeichnet, ist kein Erinnern, sondern ein Sicheinigen“, so Sontag (Sontag: 2005: 100). Dieser Einigungsprozess auf eine „gemeinsame Vergangenheit“ und die Mechanismen, die hier wirken, spielen in der politikwissenschaftlichen Betrachtung vom kulturellen Gedächtnis und der Geschichtspolitik die zentrale Rolle.

II. Gedächtnis, Erinnerung und Geschichte in den Politikwissenschaften

a. Herstellung von Geschichte durch Interpretation

„Gesellschaften haben kein Gedächtnis, sie machen sich eines.“ stellt Assmann 1999 fest (Assmann 1999: 24). Dieses 'machen' geschieht u.a. durch Geschichtspolitik. Geschichtspolitik setzt in dem Prozess des Sicheinigen auf Bestandteile des kulturellen Gedächtnisses ein. Sontag macht mit ihrem Fokus auf den Einigungsprozess der Geschichtserzählung darauf aufmerksam, dass es keine objektiv wahre Erzählung der Geschichte gibt. Jede Erzählung ist letztlich eine Interpretation von verschiedenen Ereignissen. Auch im Vordergrund von Halbwachs' Theorie steht die aktive, bewusste, konstruktive und Bedürfnissen der Gegenwart entsprechende Aneignung einer identitätsbezogenen Vergangenheit durch soziale Gruppen (Wetzels 2009: 7). Kultur und ihre Überlieferung sind letztlich Produkte menschlicher Tätigkeit. Damit ist die Erinnerung immer abhängig von den Akteur(-sgruppen), die sie dominieren. Hahn geht soweit zu sagen, dass alle Erinnerung Konstruktion sei (Hahn 2000: 24). Wir sehen damit deutlich das konstituierende Wechselspiel von Geschichte und Politik (Wolfrum 1996: 376).

Ein Aspekt, der maßgeblich darüber entscheidet was erinnert wird, ist die Möglichkeit des aktuellen Bezugsrahmens. So gehört es seit den Forschungen von Halbwachs zu den elementaren Annahmen, dass, was erinnert wird nicht einfach das Konservieren von Vergangenen ist, sondern stets im Bezug auf die Gegenwart (re)konstruiert wird (Wetzels 2009: 2). Wie Jan Assmann bemerkt, operiert das kollektive Gedächtnis nicht nur in eine, sondern in beide Richtungen: »zurück und nach

vorne. Das Gedächtnis rekonstruiert nicht nur die Vergangenheit, es organisiert auch die Erfahrung der Gegenwart und Zukunft« (Assmann 2007: 42 In Wetzel 2009: 4). Hier begreift sich auch die Bedeutung von Erinnerung für politische Eliten in der Deutung von der Vergangenheit.

b. Deutungshoheit, Macht und Legitimation

Mit der akteursbezogenen Perspektive von Halbwachs eröffnet sich die Kategorie der Macht in der Erinnerung. Das Erinnern eines Kollektivs, die Institutionalisierung und Verstetigung von Erinnerung, wird von Akteuren geprägt. Im Feld der Geschichtspolitik wird um Deutungshoheit gefochten. Der „kollektive Bezugsrahmen des Gedächtnisses [...] ist eben das Instrument, derer sich das kollektive Gedächtnis bedient, um ein Bild der Vergangenheit wieder zu erstellen, das sich für jede Epoche im Einklang mit den herrschenden Gedanken der Gesellschaft befindet« (Halbwachs 1985: 22/23). Gruppen, die nicht in Besitz der Deutungshoheit sind, werden im Prozess der Geschichtspolitik aus dem kulturellen Gedächtnis ausgeschlossen. Indem ihre Geschichte keinen Eingang in das dauerhafte kulturelle Gedächtnis einer Nation findet, stirbt ihre Geschichte mit dem Tod der Erfahrungsgeneration. Deswegen ist die kollektive Erinnerung nicht ohne Macht zu denken (Kastner 2009: 194). Der intendierte Rückbezug auf die Vergangenheit und die Macht, die in der Bildung der kollektiven Identität u.a. durch das Gedächtnis, eine entscheidende Rolle spielt, rückt bei politikwissenschaftlicher Betrachtung in den Fokus.

Wie in Wolfrums Definition der Geschichtspolitik weiter oben deutlich geworden ist, wird Geschichtspolitik strategisch und zielgerichtet zur Legitimation der aktuellen Politik eingesetzt. Der Bezug auf die Vergangenheit durch interpretierte Geschichte kann in verschiedenen Momenten der Durchsetzung im politischen Kampf erfolgen. Sowohl bei der Etablierung einer neuen politischen Ordnung und damit der erforderlichen Legitimierung dieses neuen Systems in der Abgrenzung zum alten System, wie auch im politischen Streit in pluralistischen Gesellschaften um die Gunst der öffentlichen Meinung und der Abgrenzung zu Opponenten kommt die Geschichtspolitik als „Legitimator“ zu tragen (Kohlstruck 2004: 177). Deswegen bezeichnet Assmann schließlich die Legitimation als das „vordringlichste Anliegen“ (Assmann 1999: 138) von Erinnerung.

Die politikwissenschaftliche Betrachtung der Erinnerung interessiert sich außerdem für die Frage nach der Etablierung und Funktionalisierung von Narrativen der Vergangenheit (Kohlstruck 2004: 188). Es treten, wegen des neuen Erkenntnisinteresses, die Fragen in den Vordergrund, wer die Geschichtspolitik und damit das aktive Erinnern betreibt, worauf der Fokus der Erinnerung liegt und mit welcher Absicht die Erinnerung betrieben wird (Kohlstruck 2004: 177). Nach Kohlstruck sind strukturelle Bestandteile der Geschichtspolitik zunächst die politisch interagierenden Akteure,

die sich durch die Erinnerung Legitimation für ihr politisches Handeln beschaffen wollen. Dazu wählen sie historische Ereignisse oder Personen, interpretieren diese und kommunizieren sie sprachlich oder symbolisch, sodass sie öffentlich ihre Wirkung entfalten können (Kohlstruck 2004: 181). Sie eröffnen oder etablieren mit ihrem Handeln einen öffentlichen Diskurs.

3. Die Wissenssoziologische Diskursanalyse nach Keller

Die wissenssoziologische Diskursanalyse⁸, die Reiner Keller 2008 als Forschungsparadigma begründet hat, begreift sich als eine Spielart der Hermeneutischen Wissenssoziologie (Keller 2008: 192). Sie ist ein Forschungsprogramm, das sich methodisch der qualitativen empirischen Sozialforschung zuordnet. Ihr Ziel ist es „Prozesse der sozialen Konstruktion zu rekonstruieren, Zirkulation und Vermittlung von Deutungs- und Handlungsweisen auf der Ebene von institutionellen Feldern, Organisationen, sozialen Kollektiven und Akteuren. Im Anschluss daran untersucht sie die gesellschaftlichen Wirkungen dieser Prozesse.“ (Keller 2008: 192). Öffentliche Diskurse stellen dabei eine besondere Form des Diskurses dar. Unter ihnen verstehen wir politisch- argumentative Auseinandersetzungen über gesellschaftliche Themenfelder. Die wissenssoziologische Diskursanalyse ist nicht auf die Analyse singulärer Ereignisse beschränkt, sondern versucht diese in strukturierte Zusammenhänge einzuordnen. Keller umreißt den Forschungsgegenstand als die „Produktion und Transformation gesellschaftlicher Wissensverhältnisse durch Wissenspolitiken, d.h. diskursiv strukturierte Bestrebungen sozialer Akteure, die Legitimität und Anerkennung ihrer Weltdeutung als Faktizität durchzusetzen.“ (Keller 2008: 193). Im vorliegenden diskursiven Feld der Erinnerung sind die Wissensverhältnisse die dominierenden Geschichtsnarrative und die Wissenspolitiken die Geschichtspolitik, die diese Narrative produzieren oder transformieren wollen.

Bei der diskursiven Konstruktion der Wirklichkeit spielen Diskurskonfigurationen, also die Beschaffenheit und Verhältnisse im gegebenen Diskurs eine zentrale Rolle. Dazu gehört die Ressourcenverteilung unter den beteiligten Akteuren, die über die Teilnahme und Inhalte von kommunikativen Austausch entscheidet (Keller. 2008: 233)

Als soziologische Analyse fokussiert sie soziale Akteure, dabei liegt das Interesse nicht bei dem individuellen handelnden Subjekt, sondern seiner/ ihrer sozialen Rolle im Diskurs. (Keller : 221, 253). Die beteiligten Akteure nutzen symbolisch- kulturelle Mittel, um ihre Narrative im öffentlichen Diskurs zu positionieren und die Aufmerksamkeit zu erlangen (Keller 2008: 234).

⁸Unter Diskurs versteht Keller eine Gesamtheit von Aussageereignissen, die nach unterschiedlichen Kriterien abgrenzbar ist. Die Akteure des Diskurses sind dabei individuelle oder kollektive Produzenten der Aussagen, die durch ihre Interpretation einen Diskurs (re-)produzieren und transformieren.

Solche Mittel Narrative zu stärken können die Dramatisierung, Moralisierung, Politisierung, Versachlichung und Ästhetisierung sein (Keller 2008: 252). Außerdem nutzen sie bestehende Klischees, Symbole und Bilder und entwickeln daraus ihre eigene Identität, die durch die gängigen Alltagsbezüge Eingang zu den RezipientInnen findet (Keller 2008: 254). Andere Akteure werden aufgewertet oder herabgesetzt.

Methodologisch bezeichnete Dreyfus die wissenssoziologische Diskursanalyse in Anschluss an Foucault als interpretative Analytik und betont damit die Einigung von analytischer, präziser Betrachtung von Diskursereignissen und der kontrollierten Interpretation des kontextualen Diskurses (Dreyfus 1987 In Keller 2008: 268). Bevorzugte Forschungsgegenstände sind Texte und Artefakte, wie sie im behandelten Beispiel des Freiheits- und Einheitsdenkmals vorliegen.

4. Das Freiheits- und Einheitsdenkmal in Berlin

I. Das Denkmal als Sinnträger und Gradmesser von Geschichtspolitik

Eine Art Vergangenheit zu interpretieren und öffentlich- symbolisch zu kommunizieren ist das Denkmal. Wie bereits ausgeführt ist das kulturelle Gedächtnis auf kulturelle Objektivationen, auf Sinnträger, angewiesen. Die Konservierung von Vergangenheit kann in Form von Reden, Riten wie Feiertagen, Büchern oder eben der Gestaltung von Denkmälern Eingang in die Gegenwart finden (Kohlstruck 2004: 178). Denkmäler sind wegen verschiedener Eigenschaften besonders qualifiziert als Gradmesser von Geschichtspolitik untersucht zu werden. Sie sind intentionale Akte des Erinnerns, die, die Vergangenheit explizit thematisieren (Schwelling 2008: 106), sie sind (im Gegensatz zu Feiertagen) langfristige Quellen für Interpretation und kontroverse Auseinandersetzung (Reichel 1995: 327), sie sind außerdem eine Form der Materialisierung von Erinnerung. Damit werden sie im Kontext der Revolution von 1989 eine Möglichkeit der physischen Auslöschung der DDR nach 1989 etwas materielles entgegenzusetzen (Uhl 2010: 12). Es greift durch seine bloße Anwesenheit in den Alltag aller BewohnerInnen und BesucherInnen ein. Zugleich gibt der politische Streit um die Errichtung, Gestaltung und die Positionierung eines Denkmals, Aufschluss über konkurrierende Geschichtserzählungen. Die Auswahl der kommunizierten Ereignisse bestimmen das Geschichtsbild, das vermittelt werden soll. Damit ist das Denkmal, so wie die Kunst ihrer Gestaltung Teil sozialer Kämpfe (Kastner 2009: 194). Das Nationaldenkmal ist nach Nipperdey der Versuch „sich der eigenen Identität, die in die Tiefe der Vergangenheit reicht und die Zukunft beschwört, anschaulich gewiss zu werden“ (Nipperdey 1981: 601 in: Kohlstruck 2004: 182).

a. Funktionen von Denkmälern

Frank König nimmt eine Einteilung in zwei wesentliche Funktionsgruppen für Denkmäler vor

(König 2007: 35 ff.). Sie haben, erstens, die Funktion zu dokumentieren, zu interpretieren und zu erklären. Um eine kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte zu ermöglichen, wollen die InitiatorInnen von Denkmälern Information bereitstellen, was meist durch begleitende Ausstellung etc. passiert. Mit der Darstellung der Ereignisse in dem gestalteten Denkmal interpretieren die MacherInnen die Ereignisse und schlagen damit eine Deutung der Geschichte vor. Sie versuchen damit ihre Interpretation zu etablieren. Die zweite, in der Diskussion um das Freiheits- und Einheitsdenkmal dominierende, ist die politisch- moralische Funktion des Denkmals. Sie sollen explizit Orte sein, an denen „ernste Kontroversen und Streitforen für Laien“ entstehen (König 2007:37). Als basaler Bestandteil der kulturellen Überlieferung der Geschichte sollen sie mahnen und freudiges Erinnern ermöglichen. Sie sind damit durch ihre Einflussnahme auf das kollektive Gedächtnis, und damit der kollektiven Identität, Werkzeuge der Geschichtspolitik und sollen damit zum geschichtspolitischen Ziel der Bildung einer neuen Ethik (dazu Arenhövel 2008, Kohlstruck 2004) und einer besseren Gesellschaft beitragen. Allerdings bleibt zu diskutieren inwiefern Denkmäler in der Lage sind diese ambitionierte Forderung zu realisieren.

II. Das Freiheits- und Einheitsdenkmal und seine Funktionen

a. Akteure und Ereignisse

Im Frühjahr 1998 wendet sich die Initiative *Denkmal Deutsche Einheit* in einem öffentlichen Brief an führende PolitikerInnen. Die Mitglieder der Initiative sind Jürgen Engert, Gründungsdirektor des ARD Hauptstadtstudios, Lothar de Maizière, ehemaliger Ministerpräsident der DDR, Florian Mausbach, ehemaliger Präsident des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung und Günter Nooke, CDU Politiker im Ressort wirtschaftliche Zusammenarbeit⁹. Weitere Akteure des Diskurses sind Mitglieder des *Deutschen Gesellschaft e.V.*, die 2005 die Initiative in sich aufgenommen hat. So Andreas Apelt, der den Verlauf von Denkmalsidee zum Denkmalsbau verfolgte und dazu publizierte, Richard Schröder, Egon Bahr, Hannlore Steer und Alfred Grosser, die an den Podiumsdiskussionen (Hearings) der *Deutschen Gesellschaft* teilnahmen.

Ereignisse, die Diskurs aktualisierten, waren zunächst das 10 jährige Jubiläum der friedliche Revolution und dem zu diesem Anlass verfassten Brief der Initiatoren an führende PolitikerInnen. Es folgte der Antrag im Deutschen Bundestag am 06. April 2000 auf den Bau eines Freiheits- und Einheitsdenkmals, der abgelehnt wurde. Erst mit der Aufnahme der Initiative in Deutsche Gesellschaft e.V. im Herbst 2005, lebte das Projekt wieder auf, es intensivierte sich die

⁹Zur Idee und den Initiatoren des Denkmals: <http://www.freiheits-und-einheitsdenkmal.de/das-denkmal/die-idee.html>
am 16.03.14

Öffentlichkeitsarbeit und öffentliche Unterstützung wurde generiert. Ab 9. November 2006 finden Hearings statt, in denen die Initiatoren miteinander, Akteuren des öffentlichen Lebens und das Publikum über den Sinn und die Notwendigkeit des Denkmal diskutieren. Insgesamt wird es drei Hearings geben, von denen zwei in der vorliegenden inhaltlichen Analyse betrachtet werden. Am 09. November 2007 beschließt der Bundestag, das ein Denkmal errichtet wird. Ein knappes Jahr später wurde den vier Initiatoren des Denkmals der *Deutsche Nationalpreis* verliehen (Apelt 2009: 8 ff.). Der Bau des Denkmals sollte ursprünglich 2013, nun wohl 2015 abgeschlossen sein¹⁰.

b. Analyse der diskursiven Zuschreibung an das Denkmal durch das Erfassen der Phänomenstruktur

Einen Zugang zur inhaltlichen Strukturierung und Analyse von Diskursen bietet das Erfassen der Phänomenstruktur. Das Konzept der Phänomenstruktur bezeichnet dabei, laut Keller „keineswegs Wesensqualitäten eines Diskurs- Gegenstandes, sondern die entsprechenden diskursiven Zuschreibungen“ der sozialen Akteure des Diskurses (Keller 2008: 248). Das Phänomen und damit der Diskurs dieses Phänomens, wird von den Akteuren definiert und konstituiert. Dies geschieht anhand verschiedener Dimensionen. Den vorliegenden Diskurs um das Freiheits- und Einheitsdenkmal strukturieren die Akteure primär durch fünf Dimensionen. Sie definieren zunächst einen Handlungsbedarf, aus dem sie die Funktion des Denkmals ableiten. Sowohl bei der Definition des Handlungsbedarfes, als auch der Funktionszuschreibung nehmen sie eine Selbstpositionierung und damit eine Abgrenzung von anderen Akteuren der Geschichtspolitik vor. Aus den angeführten Dimensionen lässt sich eine implizite und zum Teil auch explizite Interpretation der Ereignisse von 1989, sowie ein Wertebezug feststellen. Die unter den Dimensionen festgestellten Argumente und Beschreibungen sind keine allgemeingültigen Wesensmerkmale, sondern die Zuschreibungen der Initiatoren des Freiheits- und Einheitsdenkmals. Ziel der Analyse dieser Zuschreibung ist es nicht einzelne Diskurselemente zu untersuchen, sondern typisierbare Erzählungen zu finden, die sich durch die Daten, die gewählt wurden, hindurch ziehen. Demnach werden narrative Strukturen untersucht, die intendiert eingesetzt werden, wobei ein roter Faden, eine story line, dominiert (Keller 2008: 252).¹¹

¹⁰Zum Baufortschritt: Handelsblatt am 28.02.2014 <http://www.handelsblatt.com/panorama/aus-aller-welt/berlin-fledermaeuse-bremsen-bau-des-einheitsdenkmals/9555462.html>

¹¹Die Daten, die im Folgenden analysiert wurden, sind zwei Hearings und eine Dankesrede in der Folge der Verleihung des Deutschen Nationalpreises 2008. Sie alle sind in „Apelt, Andreas H. (2009) Der Weg zum Denkmal für Freiheit und Einheit.“ zu finden. Zitiert wird im folgenden danach, von wem das Gesagte stammt, alle Zitate sind bei Apelt auf den angegebenen Seiten zu finden.

Als Handlungsbedarf und damit als Begründung für den Vorstoß der Initiative für die Errichtung eines Denkmals werden, sowohl im ersten Anlauf 1998 als auch im zweiten Anlauf von 2005, vor allem zwei Gründe genannt. Zum einen die jeweils bevorstehenden Jahrestage der friedlichen Revolution und der Einigung Deutschlands (Engert/ de Maizière/ Mausbach/ Nooke 1998: 33), zum anderen die mangelnde Anerkennung in der deutschen Öffentlichkeit dieser herausragenden Ereignisse (Schröder 2006: 58 f.). Die Initiatoren sehen ein Defizit in der Erinnerung an 1989, was der Bedeutung der Ereignisse nicht würdig ist (Engert et al. 1998: 33). Aus der defizitären Erinnerung ergibt sich der Handlungsbedarf der Initiatoren. Sie wollen die Denkmäler Berlins der Trauer und der Schande ergänzen durch eines der Freude und des Stolzes (Demantowsky 2011: 57; Engert et al. 1998: 35; Gosser 2006: 68). Die Notwendigkeit hierfür sehen sie in der Leistung, die Erinnerung für Nationen erbringt. Die Leistung siedeln sie in der identitätsstiftenden Orientierung durch eine geteilte Vergangenheit an. Diese Funktion der nationalen Integration und Zugehörigkeit zur Nation wurde weiter oben bereits ausgeführt. Schröder meint: „Kein Mensch und kein Volk kann allein aus seinem Versagen Orientierung gewinnen und schon gar nicht Ermunterung.“ (Schröder 2006: 67).

Aus den festgestellten Mängeln im „deutschen Gedenken“ ergibt sich eine Vielzahl an Anforderungen, die die Initiatoren an das Denkmal stellen und Funktionen, die sie dem Denkmal zuschreiben. Zunächst soll es das Loch der positiven Identifikation mit der nationalen Geschichte schließen. Dazu soll es Rückblick, aber auch Anstoß sein (Engert et al. 1998: 34), Erinnerung und Ermunterung (Schröder: 59; Hatzsch 2006: 67). Um zur Ermunterung dienen zu können, soll es ein Denkmal der uneingeschränkten Freude sein, das nicht überlagert von Opfergedenken werden darf (Nooke 2007:). Der Rückblick soll auch dem mangelndem Geschichtsbewusstsein entgegenwirken (de Maizière 2006: 71). Es kann zur Identifikation nur dann dienen, wenn es Gefühle weckt. Die Gefühle, die es wecken soll, sind die Gefühle der „Freiheits- und der Vaterlandsliebe“ (Mausbach: 17), sowie das Erfüllen von Sehnsüchten (Steer 2007: 98). Es soll erlebbar werden, dass Dinge, die unmöglich scheinen mit einer großen Anzahl an Menschen möglich werden (Nooke 2007:).

Es soll als Bürgerdenkmal keine Helden feiern, sondern den Mut der BürgerInnen für ein selbstbestimmtes Leben einzutreten und damit ein Risiko einzugehen zeigen (Steer 2007: 98) und betonen, dass jeder auf der Straße zur Friedlichkeit und zum Erfolg beigetragen hat. Erst dadurch konnte das Volk zusammenkommen (Nooke 2007: 104). Um aber kein Denkmal zu werden, mit dem sich ausschließlich Ostdeutsche identifizieren können, soll es auch Ausdruck einer neuen Kollektivität und des kollektiven Erinnerns sein (...). Es soll die Einheit stärken (Engert et al. 1998:

35) und die „Versöhnung unseres Volkes“ als Nebenwirkung haben (Bahr 2007). Dazu soll es kein Denkmal, das ausschließlich für die Bürger der DDR und ihren Mut steht, sondern ein Nationaldenkmal sein, in dem sich alle Deutschen und Europäer wieder finden (Bahr 2007: 107)

Das Denkmal soll die BürgerInnen zugleich daran erinnern, was durch die friedliche Revolution (friedlich) erkämpft wurde und, dass es sich lohnt diese Errungenschaften zu pflegen. Es soll erinnern, dass Freiheit und Demokratie so wichtig sind, dass man sich jeden Tag darüber freuen könnte (Nooke 2007: 96) und es soll Verständnis und vielleicht auch Begeisterung für Politik wecken (Nooke 2007: 96 f.).

Die Initiative *Denkmal Deutsche Einheit* und später die *Deutsche Gesellschaft e.V.* betont in ihrer Selbstpositionierung zwei Aspekte. Einerseits bezeichnen sich die Mitglieder als „Bürger aus der Mitte der Gesellschaft“ (<http://www.freiheits-und-einheitsdenkmal.de/das-denkmal/die-idee.html> am 17.03.14). Sie unterstreichen, dass sie Teil der revolutionären Bewegung 1989 waren oder diese Revolution zumindest miterlebt haben (Steer 2007: 105). Damit stiften sie eine Einheit zwischen den RezipientInnen ihrer Botschaft und der Initiatorengruppe. Gleichzeitig verweisen sie auf die Unterstützung von Personen des öffentlichen Lebens, (...) womit sie die Bedeutung ihres Vorhabens unterstreichen. Sie stellen sich aber auch unter einem zweiten Aspekt auf die Seite der RezipientInnen, indem sie sagen sie wollten ein „Denkmal für uns, also für alle lebenden Deutschen“ (Bahr 2007: 93) errichten lassen.

Sie etablieren damit eine Abgrenzung zum „Opfergedenken“ und den damit verbundenen Denk- und Mahnmälern (Schröder 2006: 66; Grosser 2006: 68, de Maizière 2006: 70). Die Distanzierung von anderen Denkmälern, die an die negative Vergangenheit in Deutschland erinnern, schließt sich eng an den oben definierten Handlungsbedarf an.

In der Definition des Handlungsbedarfes, der Zielsetzung woran das Denkmal erinnern soll, wem es gewidmet ist und wie sich die Initiatoren selber positionieren, lässt sich eine implizite und zum Teil explizite Interpretation der Ereignisse vom Herbst 1989 ablesen. Die Initiatoren des Freiheits- und Einheitsdenkmals verstehen den Herbst 1989 als eine Revolution „von unten“ (Engert et al. 1998: 34). Sie plädieren uneingeschränkt für den Terminus der Revolution und benutzen diesen auch ausnahmslos, wobei sie die Revolution definieren als „Zusammenbruch eines Herrschaftssystems mitsamt seiner Legitimation von innen her“ (Schröder 2006: 65). Die Revolution ist das Ergebnis von Mut und Zivilcourage der BürgerInnen der DDR und was geschafft wurde, wurde geschafft, weil die Menschen mutig waren (Steer 2007: 99).

Der Erfolg der Revolution war außerdem nur aufgrund der Gewaltlosigkeit möglich (Schröder

2006: 65). Sie stellte sich gewaltlos der Gewalt gegenüber und stürzt damit ein „Unrechtsregime“ (Mausbach: 12), das von Menschenrechtsverletzungen (Wilms 2007: 83) von Rechtslosigkeit und Unfreiheit (Wilms 2007: 84) geprägt war. Die Demonstrationen und insbesondere solche in Berlin machten die Ohnmacht des SED Regimes deutlich (Mausbach).

In den Hearings wird aber auch deutlich, dass die Revolution erst durch die „günstigen Umstände“ möglich wurde, und sie letztlich das „morsche SED- Regime zum Einbruch“ (Schröder 2006: 65) brachte. Und, dass die „Maueröffnung durch Missverständnis auf Pressekonferenz versehentlich ausgelöst“ (Schröder 2006: 62) wurde. Auch interpretieren sie, gemäß der Funktionszuschreibung den Herbst 1989 als nationales und europäisches Ereignis. Während in Westdeutschland die Entspannungspolitik maßgeblich zur Einheit beigetragen hat (...), hat die europäische Ausreisepolitik die Situation im Osten des Landes entscheidend geprägt (...). Somit ist die „Einheit in Europa eingebettet“ (Grosser 2008: 179) und das Denkmal soll das Bild einer gemeinsamen europäischen Erinnerungskultur (Engert 2008: 188) werden. Erst durch die Einheit konnte Deutschland wieder gleichberechtigter Partner werden und eine wahre gesamteuropäische Einigung erreicht werden. Die friedliche Revolution von 1989 wird als einzigartiges und herausragendes Ereignisses, als „Jahrhundertereignis“ (Wilms 2007: 83, Nooke 2007: 69) bezeichnet. „Es wird höchste Zeit, dass wir uns die historische Dimension bewusst machen: Es ist die erste demokratische Revolution, die gelungen ist. Wie ein später Nachklang auf die Hoffnung des Hambacher Festes.“, betont Egon Bahr (Bahr 2007: 92). Nicht nur von außergewöhnlicher Bedeutsamkeit, auch in einer Traditionslinie mit den letzten Jahrhunderten steht der Herbst 1989. Die friedliche Revolution ist ein Abschluss des Prozesses vom Streben nach Freiheit und Einheit, der seinen vorherigen Höhepunkt 1848 hatte (Engert et al. 1998: 34). Sie ist die Vollendung der demokratischen Revolution von 1848 (Grosser 2006: 69; Nooke 2007: 97). Die Initiatoren erkennen in der Bewegung von 1989 den Höhepunkt der demokratischen Tradition in Deutschland und betonen damit die Kontinuität der Demokratie.

Die zentralen Werte, die die Initiatoren in den Ereignissen von 1989 realisiert und in der Erinnerung an 1989 fokussiert sehen, sind die Freiheit und die Einheit (Grosser 2008: 180). Diese Werte sind alte Werte, die einen Zielkonflikt der letzten Jahrhunderte der deutschen Geschichte bedeuten. Das Verhältnis der beiden Werte wird in Reihenfolge gebracht, indem gesagt wird: „Erst musste die Freiheit gewonnen werden und dann konnte die Einheit in Freiheit ermöglicht werden“ (Schröder 2006: 69).

III. Ziele der Initiatoren des Freiheits- und Einheitsdenkmals

In der Erinnerung der Initiatoren und in ihrer Interpretation der Ereignisse gibt es mehrere auffällige Aspekte. Erstens bleiben sämtliche Bürgerrechtsbewegungen aus der DDR in den Hearings, den Briefen der Initiatoren und den Reden ohne Erwähnung. Die Bedeutung des *Neuen Forums*, von *Demokratie Jetzt* usw. wird völlig aberkannt. Mit dieser sprachlichen nicht-Würdigung der organisierten Bewegungen verweisen sie jene aus dem kollektiven Gedächtnis, da ihnen nicht kollektiv gedacht wird. Im Prozess des Sich-Einigens von Sontag (s. Sontag weiter oben), wird dieser Aspekt aus dem institutionalisierten Erinnern in Form des Denkmals gedrängt. Stattdessen wird die Revolution von 1989 in vollem Umfang der Masse der Bevölkerung zugeschrieben.

Zweitens fällt die immer wieder betonte Kontinuität der demokratischen Traditionslinie in Deutschland auf. Diese Strategie historische Ereignisse zu re-interpretieren und damit eine Tradition zu konstruieren, die von der Diktaturerfahrung nur unterbrochen wurde, hält Kohlstruck für typisch in der Geschichtspolitik (Kohlstruck: 2004: 184). Sie ermöglicht eine positive Identifikation mit der Geschichte. Drittens rufen die Initiatoren nach Gefühlen, nach Emotionen, die, die RezipientInnen des Denkmals erleben sollen.

All diesen Erzählungen und Forderungen liegt ein zentrales Ziel zu Grunde: Die 'deutsche Identität' zu finden und zu festigen und den deutschen Mangel an Selbstbewusstsein zu überwinden (Grosser 2008: 177). Die Initiatoren wehren sich gegen die „Holocaust- Identität“ (Haarmann/ Meyer 2011: 1), die, die deutsche Geschichtspolitik bis in die 1970er Jahre dominierte und den Holocaust als zentralen Bezugsrahmen der deutschen Geschichte versteht. Dagegen bezeichnen die Denkmalsinitiatoren die Deutschen als „Täter und Leidtragende“ (Engert et al. 1998: 34). Sie versuchen den deutschen Sonderweg zu dekonstruieren, indem sie darauf verweisen, dass zum Beispiel 1849 in Frankreich noch blutiger verlief, als in Deutschland. Indem sie die deutschen Verbrechen normalisieren und betonen, dass, „das Böse nicht das Besondere, sondern das Allgemeine ist“ (Engert 2008: 185) und keine deutsche nationale Eigenheit. Sie bezeichnen die „Nazizeit als „Sichtblende“ (Schröder: 60), die jede Identifikation unmöglich macht.

„Verbrechen und Verbrecher bieten keine Orientierung. (...) Für den Willen zum Gestalten einer gemeinsamen Zukunft, auch als Merkmal einer Nation taugen sie nicht.“, spricht Engert in seiner Dankesrede für den *Deutschen Nationalpreis* (Engert 2008: 188). Mit dem Freiheits- und Einheitsdenkmal erkennen die Initiatoren eine Chance einen Anknüpfungspunkt für ein positiv besetztes nationales Identitätsgefühl zu stiften (Haarmann/ Meyer 2011: 7). Sie wollen ein

Nationalgefühl erlebbar machen (Engert 2008: 184) und damit einen positiven Bezug zum Konstrukt Nation ermöglichen. „Die Nation ist gemeinsames Erinnern“ (Engert 2008: 185) und „sich innerhalb einer Nation heimisch zu fühlen ist eine primäre Regung des zivilisierten europäischen Menschen, keineswegs eine Weltanschauung und niemals ein Programm“ zitiert Jürgen Engert Joseph Roth in Zustimmung (Engert 2008: 184). Die identifikatorische Kraft des gemeinsamen Erinnerns, die Uhl in ihrer Ausführung zur Zugehörigkeit zur Nation behandelt, wird zum Anlass und Ziel der Denkmalsbegründung.

Nicht nur die Normalisierung der deutschen Vergangenheit und das Aufzeigen einer freiheitlichen und demokratischen Tradition, auch eine Gründungslegitimierung der aktuellen staatlichen Ordnung wollen die Initiatoren mit dem Erinnern an den Herbst 1989 geben. Sie bezeichnen die freiheitliche Revolution und die Einheit als „so etwas wie ein zweiter Anfang nach dem von 1948/1949,“ so Schröder (2006: 72), als „Neuanfang“ (Schröder 2006: 72). Auch delegitimieren sie die deutsche Staatsgründung von 1949 moralisch, indem sie die 1949 gegründete Bundesrepublik zwar als Staat, nicht aber als Nation anerkennen (Grosser 2008: 178). Günther Nooke stellt fest:

„Die demokratische Bewegung von unten 1848 war nicht erfolgreich, die Reichseinheit von oben 1871 nicht demokratisch. Jetzt hat es endlich mal richtig geklappt und sogar noch als etwas das aus dem kleineren Teil (...) in den größeren hineingeführt hat.“ (Nooke 2007: 97). Hier wird zum einen die Konstruktion einer Traditionslinie von Freiheits- und Einheitsbestrebungen deutlich. Zum anderen zeigt sich, wie die Betonung der massenbasierten und friedlichen Revolution genutzt wird, um den „Neuanfang“ als vereintes Deutschland als gemeinsamen Willen zu interpretieren.

Geschichtspolitik als aktive, bewusste Aneignung einer identitätsbezogenen Vergangenheit durch soziale Gruppen (s. o. Halbwachs) ist hier die Interpretation bestimmter Ereignisse, unter Ausschluss anderer, die zur Bildung eines neuen Identifikationsdiskurses genutzt wird, der sich positiv auf die Vergangenheit bezieht.

Noch einmal kann an dieser Stelle an Jan Assman gedacht werden, der betont, dass die Vergangenheit, die eine Gesellschaft in ihrer kulturellen Überlieferung und in der Wertperspektive ihrer identifikatorischen Aneignung sichtbar werden lässt etwas aussagt über das, was sie ist und worauf sie hinauswill (Assmann 1988: 16). Die Initiatoren des Freiheits- und Einheitsdenkmals wollen offensichtlich auf eine Selbstvergewisserung der Legitimität der Demokratie und der Einheit (Kohlstruck 2004:) und eine positive Identifikation mit der deutschen Nation hinaus. Jürgen Engert sagt 2008 „die Suche nach deutscher Identität zieht sich als roter Faden durch die Geschichte“ (Engert 2008: 186). Diesen Faden nehmen die vier Initiatoren in dem geschichtspolitischen Diskurs um das Freiheits- und Einheitsdenkmal in die Hand und knüpfen daraus einen Bezugs- und

Ausgangspunkt der Identifikation mit der von ihnen, entsprechend ihren Zielen, gedeuteten und dadurch konstruierten deutschen Geschichte.

5. Schlussfolgerungen

Abschließend lassen sich einige Erkenntnisse feststellen. Zunächst begreifen wir das kollektive Gedächtnis, als einen Prozess des Sich- Einigens (Sontag 2005: 98). Es ist eine soziale, politische und kulturelle Schöpfung, die von den Akteuren des geschichtspolitischen Feldes abhängt. Jede Erzählung ist letztlich eine Interpretation von verschiedenen Ereignissen (Kohlstruck 2004). Von den sozialen Akteuren der Geschichtspolitik findet eine aktive, bewusste, konstruktive und den Bedürfnissen der Gegenwart entsprechende Aneignung einer identitätsbezogenen Vergangenheit statt. Das kollektive Gedächtnis wird in der Positionierung zwischen dem vergänglichen kommunikativen Gedächtnis und dem relativ stabilen kulturellen Gedächtnis auch als politisches Gedächtnis bezeichnet, weil hier der Kampf der Einigung auf ein nationales Geschichtsnarrativ stattfindet. Zentrales Ziel der Geschichtspolitik ist dabei die Identitätstiftung und das Schaffen einer Gruppenzugehörigkeit zu einer Nation. Die Nation aber ist ein abstraktes Konstrukt.. Das Gefühl von Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft, die derart groß ist, ist auf gemeinsame Werte und die gemeinsame Erfahrung angewiesen.

Es handelt sich bei den analysierten Texten und Reden um das Freiheits- und Einheitsdenkmal um Teile eines öffentlichen Diskurses, einen Diskurs, der seinen Fokus auf moralische Fragen und ästhetische Kriterien richtet und dabei zum Teil dramatisierend auf die Vergangenheit Bezug nimmt. Mittel geschichtspolitische Narrative zu stärken können die Dramatisierung, Moralisierung, Politisierung, Versachlichung und Ästhetisierung sein (Keller 2008: 252). All diese Aspekte kommen in den Reden der Initiatoren des Denkmals zu tragen. Denkmäler zeichnen sich durch die intentionale Erinnerung aus, wobei die Auswahl der kommunizierten Ereignisse das Geschichtsbild bestimmen, das vermittelt werden soll. Sie sind durch ihre Einflussnahme auf das kollektive Gedächtnis, und damit der kollektiven Identität, Werkzeuge der Geschichtspolitik

In der Erinnerung an die Ereignisse vom Herbst 1989 stellen die Initiatoren ein Defizit fest, was der Bedeutung der Ereignisse nicht würdig ist. Mit dem Freiheits- und Einheitsdenkmal erkennen die Initiatoren eine Chance einen Anknüpfungspunkt für ein positiv besetztes nationales Identitätsgefühl zu stiften (Haarmann/ Meyer 2011: 7). Es soll Gefühle der „Freiheits- und der Vaterlandsliebe“ (Mausbach: 17), sowie das Erfüllen von Sehnsüchten (Steer 2007: 98) wecken. Die Revolution wird als das Ergebnis von Mut und Zivilcourage der BürgerInnen der DDR, zugleich als nationales und europäisches Ereignis bezeichnet. Sie betonen die Normalität der

deutschen Geschichte, die sie maßgeblich von der anderer Länder unterscheidet (Engert 2008: 185). Nicht nur die Normalisierung der deutschen Vergangenheit und das Aufzeigen einer freiheitlichen und demokratischen Tradition, auch eine Gründungslegitimierung der aktuellen staatlichen Ordnung versuchen die Initiatoren mit dem Erinnern an den Herbst 1989 zu geben. Als geglückter Neuanfang (Schröder 2006: 72) soll 1989 der Ausgangspunkt für eine positive Identifikation mit der deutschen Nation sein.

Die vorliegende Arbeit konnte die Verbindung aus umfangreicher theoretischer Arbeit im Feld der Geschichtspolitik mit einem konkreten Beispiel der Denkmalspolitik vereinen. Während sich die DenkerInnen, auf deren Theorien Bezug genommen wurde, auf das Konstruieren einer zielführenden Theorie beschränkten (Halbwachs 1967, Assmann 1992, Kohlstruck 2004) und jene, die sich mit der Diskussion um das Freiheits- und Einheitsdenkmal beschäftigten (Apelt 2009, Demantowsky 2011, Haarmann/Meyer 2011) einen theoretischen Mangel in ihren Ausführungen aufwiesen, konnten hier beide wissenschaftlichen Ansätze einander stärken. So konnten Argumentationslinien aufgezeigt werden, die die Zielsetzung der Initiatoren hervortreten lassen und zugleich konnte damit gezeigt werden, dass die Interpretation der Ereignisse zur Stärkung der eigenen Interessen bzw. Zielsetzungen erfolgte.

Ein spannendes Forschungsfeld, das sich aus der behandelten Frage ergibt, ist das Verhältnis der Begriffe Freiheit und Einheit, die von den Initiatoren als aufeinander bauende und untrennbare Momente verstanden werden. Auch die gezeichnete Kontinuität des Freiheitskampfes bleibt eine zu hinterfragende These, da vermutlich keine moderne Bewegung ohne den Bezug auf Freiheit ausgekommen ist und der Begriff 'Freiheit' 1848 und 1989 so verschiedene Inhalte hatte, dass eine direkte Verbindung fraglich erscheint.

6. Quellen

- Apelt, Andreas H. (2009) Der Weg zum Denkmal für Freiheit und Einheit. Wochenschau Verlag: Berlin
- Arenhövel, Mark (2008) Das Gedächtnis der Systeme. In: [Hrsg.] Heinrich, Horst- Alfred/ Kohlstruck, Michael (2008) Geschichtspolitik und sozialwissenschaftliche Theorie. Franz Steiner Verlag: Stuttgart, S. 59-74
- Assmann, Aleida (1999) Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses. C.H. Beck: München
- Assmann, Jan (1992) Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen. C.H. Beck: München
- Demantowsky, Marko (2011) Das geplante neue Berliner Nationaldenkmal für Freiheit und Einheit. Ansprüche, Geschichte und eingut gemeinter Vorschlag. In: [Hrsg.] Handro, Sandra/ Schaarschmidt, Thomas (2011) Aufarbeitung der Aufarbeitung. Die DDR im geschichtskulturellen Kontext. Wochenschau Verlag: Schwalbach, S. 55-69
- Frei, Norbert (1996) Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS Vergangenheit. C.H. Beck: München
- Fröhlich, Claudia/ Kohlstruck, Michael (2008) „Aus der Geschichte lernen“ Zur aktuellen Bedeutung einer Alltagsmaxime. In: Heinrich, Horst- Alfred/ Kohlstruck, Michael (2008) Geschichtspolitik und sozialwissenschaftliche Theorie. Franz Steiner Verlag: Stuttgart, S.

- Grünbaum, Robert (2007) Friedliche Revolution und die deutsche Einheit. In: [Hrsg.] Kaminsky, Anne (2007) Orte des Erinnerns. Gedenkzeichen, Gedenkstätten und Museen zur Diktatur in SBZ und DDR. Ch. Links Verlag für Bundeszentrale für politische Bildung: Berlin, S. 541-547
- Haarmann, Lutz/ Meyer, Robert (2011) Das Freiheits- und Einheitsdenkmal. Die geschichtspolitische Verortung in der Ideengeschichte der Bundesrepubli. In: <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/53296/freiheits-und-einheitsdenkmal?p=all>
- Halbwachs, Maurice (1967) Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen. Luchterhand Verlag: Berlin. Im Original: (1925) Les cadres sociaux de la mémoire. Presses universitaires de France: Paris
- Heinrich, Horst- Alfred (2009) Kollektive Erinnerung im politischen System. In: [Hrsg.] Schmid, Harald (2009) Geschichtspolitik und kollektives Gedächtnis: Erinnerungskulturen in Theorie und Praxis. V&R unipress: Göttingen, S. 37-52
- Jones, Priska (2009) Visuelle Repräsentation im politischen Kontext: Formen und Funktionen. In: [Hrsg.] Baberowski, Jörg (2009) Arbeit an der Geschichte. Wie viel Theorie braucht die Geschichtswissenschaft? Campus Verlag: Frankfurt am Main, S. 63-78
- Keller, Reiner (2008) Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden
- Kohlstruck, Michael (2004) Erinnerungspolitik: Kollektive Identität, Neue Ordnung, Diskurshegemonie In: [Hrsg.] Schwelling, Birgit (2004) Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft. Theorien, Methoden, Problemstellungen. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden, S. 173-193
- König, Frank (2007) Die Gestaltung der Vergangenheit. Zeithistorische Orte und Geschichtspolitik im vereinten Deutschland. Tectum Verlag: Marburg
- König, Helmut (2008) Politik und Gedächtnis. Weilerswist: Velbrück
- Nora, Pierre (1990) Zwischen Geschichte und Gedächtnis. Wagenbach: Berlin
- Parker, Noel (1999) Revolutions and History. Polity Press/ Blackwell Publishers Ltd: Cambridge
- Reichel, Peter (1999) Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit. Campus Verlag: Frankfurt am Main
- Schmid, Harald (2009) Geschichtspolitik und kollektives Gedächtnis: Erinnerungskulturen in Theorie und Praxis. V&R unipress: Göttingen
- Schwelling, Birgit (2008) Politische Erinnerung. Eine Akteurs- und handlungsbezogene Perspektive auf den Zusammenhang von Gedächtnis, Erinnerung und Politik. In: Heinrich, Horst- Alfred/ Kohlstruck, Michael (2008) Geschichtspolitik und sozialwissenschaftliche

Theorie. Franz Steiner Verlag: Stuttgart, S. 99- 121

- Uhl, Heidemarie (2009) Kultur, Politik, Palimpsest. Thesen zu Gedächtnis und Gesellschaft zu Beginn des 21. Jahrhunderts. In: [Hrsg.] Schmid, Harald (2009) Geschichtspolitik und kollektives Gedächtnis: Erinnerungskulturen in Theorie und Praxis. V&R unipress: Göttingen, S. 37-52
- Uhl, Heidemarie (2010) Warum Gesellschaften sich erinnern. In: [Hrsg.] Forum Politische Bildung (2010) Erinnerungskulturen. Informationen zur Politischen Bildung Band 32, 2010: Innsbruck, Wien, Bozen
- Wetzell, Dietmar J. (2009) „Maurice Halbwachs – kollektives Gedächtnis und Vergessen“ Institut für Soziologie, Universität Bern, Kolloquium Theorie, 21.10.2009
- Winkler, Heinrich A. (2004) Griff nach der Deutungsmacht. Zur Geschichte der Geschichtspolitik in Deutschland. Wallstein Verlag: Göttingen
- Wolfrum, E. (1999) Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948- 1990. Wissenschaftliche Buchgesellschaft: Darmstadt